

## **Beschluss des Landrats vom 19.10.2023**

Nr. 118

### **9. Kantonale Energie-Spar-Kampagne** 2022/350; Protokoll: pw, bw

Kommissionsvizepräsident **Andi Trüssel** (SVP) sagt, das Postulat sei am 2. Juni 2022 von Landrat Marco Agostini eingereicht worden. Der Regierungsrat wird darin gebeten, eine kantonale Energiesparkampagne auszuarbeiten und umzusetzen. Begründet wurde der Vorstoss mit der Situation aufgrund des Kriegs in der Ukraine. Angesichts der Verwerfungen auf den Energiemärkten und der schwierigen Suche nach Energiealternativen stelle das Energiesparen einen einfachen Lösungsansatz dar. Am 20. Dezember 2022 beantragte der Regierungsrat die Entgegennahme, worauf das Postulat am 9. Februar 2023 vom Landrat stillschweigend überwiesen wurde.

Mit dem am 5. September 2023 vorgelegten Bericht beantragte der Regierungsrat, das Postulat abzuschreiben. Im Bericht wird auf die schweizweite Energiesparkampagne des Bundes hingewiesen. Für die Weiterführung der Kampagne seien vom Bundesrat bereits Mittel gesprochen worden. Diese schweizweite Kampagne habe die Anliegen des Postulanten inzwischen weitgehend abgedeckt.

Eintreten war in der Kommission unbestritten. Die Kommission zeigte sich mit der inhaltlichen Beantwortung des Postulats zufrieden. Es gab jedoch unterschiedliche Auffassungen zu den Energiesparbemühungen. Die ausführlichen Diskussionen gingen von der Aufhebung von Technologieverböten über spezielle PV-Einspeisungen bis zu Energieeffizienz und Energiesuffizienz.

Die BUD führte aus, dass – sollte es zu einem Engpass kommen – primär die KMU betroffen wären. Verbote würden erst ausgesprochen, wenn die Versorgungssicherheit in Frage gestellt ist. Die Umwelt- und Energiekommission empfiehlt mit 8:2 Stimmen bei 2 Enthaltungen, das Postulat abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

**Ursula Wyss Thanei** (SP) dankt im Namen der SP-Fraktion dem Regierungsrat für die umfassende Information. Die SP ist froh, dass eine gute Grundlage zur Vorbereitung auf einen hoffentlich nicht eintretenden Stromengpass vorhanden ist. Die Forderungen des Postulanten sind mehrheitlich erfüllt. Ob eine eigene kantonale Energiesparkampagne – auch angesichts der Kleinräumigkeit – sinnvoll wäre, bleibt fraglich. Möglicherweise würden regional unterschiedliche Massnahmen auf Unverständnis stossen. Die Mehrheit der SP-Fraktion unterstützt die Abschreibung. Einzelne werden für Stehenlassen votieren.

**Robert Vogt** (FDP) führt aus, dass die Antwort des Regierungsrats aus Sicht der FDP-Fraktion plausibel sei. Die Kampagne des Bundes wurde im letzten Jahr sehr erfolgreich lanciert und konnte fast nicht übersehen werden. Wie im Bericht festgehalten, könnte der Bund bei einem absehbaren Engpass die Kampagne sehr schnell wieder starten und publikumswirksam vermarkten. Die FDP nimmt auch wohlwollend zur Kenntnis, dass der Kanton in seinen eigenen Bauten den Verbrauch von fossilen Brennstoffen um 15 % und von Elektrizität um 5 % senken konnte. Dies ist ein grosser Erfolg. Das Postulat ist erfüllt und kann abgeschrieben werden.

**Marco Agostini** (Grüne) dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung. Es sei aber schade, dass der Regierungsrat nichts machen möchte, obwohl der Auftrag des Landrats eigentlich deutlich war. Bei der Überweisung des Vorstosses war die Bundeskampagne schliesslich schon unterwegs und wäre keine Kantonskampagne gewollt gewesen, hätte der Vorstoss gar nicht erst überwiesen werden müssen. Das Verb «sparen» kommt vom altgermanischen «spar», was bewahren oder unver-

sehr erhalten bedeutet. Den Grünen wird immer wieder vorgeworfen, sie würden den Menschen ihren Wohlstand wegnehmen oder ihnen vorschreiben, was sie tun oder lassen sollen. In diesem Fall geht es nicht um Vorschriften und Verbote, sondern um eine Kampagne, damit alle gemeinsam ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Grünen wollen dies deutlich und transparent aufzeigen, ohne um den heissen Brei herum zu reden. Es muss einfach gespart werden, damit die gemeinsam gesteckten Ziele erreicht werden können. Dazu gehören etwa Klimaneutralität, das Verhindern einer Energielücke, das Schonen von wertvollen Ressourcen, die Reduktion von Treibhausgasen oder die Verminderung von Abhängigkeiten vom Ausland. Mit dem Vorstoss verlangt Marco Agostini nichts anderes, als dass der Kanton beim Sparen eine eigene Linie fährt und die Verantwortung nicht einfach dem Bund überlässt. Menschen zu überzeugen und zu informieren, funktioniert am besten, wenn man die Zielgruppe und deren Bedürfnisse kennt. Je grösser die Zielgruppe, desto schwieriger ist es, alle zu erreichen. Eine Bundeskampagne hat aus Sicht von Marco Agostini entsprechend viel weniger Wirkung als eine Kampagne eines Kantons oder einer Gemeinde. Er hat auch schon gelesen, dass lokal verankerte Kampagnen besser bei den Leuten ankommen. Bern ist einfach zu weit weg und die Distanz führt dazu, dass die Leute die Kampagnen einfach ausblenden. Die Menschen in Basel-Landschaft möchten, dass der eigene Kanton etwas macht, informiert und Verantwortung übernimmt. Der Kanton macht zwar nicht nichts, aber es geht hier insbesondere darum, dass er die Leute mitnimmt. Dies kann nicht einfach dem Bund überlassen werden. Einfach zu sagen, der Bund habe eine Kampagne lanciert, deutet etwas auf Gleichgültigkeit oder Hilflosigkeit hin. Im Gegensatz dazu hat der Kanton Aargau schon letztes Jahr eine Sparkampagne lanciert und dieses Jahr wieder. Aargau hat selber etwas Geld in die Hand genommen und eine Kampagne erfolgreich umgesetzt. Das Motto ist, dass Energiesparen an keine bestimmte Jahreszeit gebunden ist, sondern das ganze Jahr aktuell ist, wenn die genannten Ziele erreicht werden sollen. Die Aargauer machen die Kampagne auch nicht zum Spass und um Steuergelder auszugeben, sondern weil sie erfolgreich ist und um die Verantwortung wahrzunehmen. Betreffend Effizienz machen der Kanton, die hiesige Bevölkerung und die Wirtschaft schon viel. Einiges wird schon umgesetzt, vieles ist in die Wege geleitet und es laufen bereits Projekte. Der Kanton sollte aber auch beim Sparen eigene Akzente setzen und nicht darauf warten, was der Bund tut. Beim Sparen und hinsichtlich der Suffizienz ist man nämlich noch viel zu wenig weit. Sparen ist unangenehm. Auch Marco Agostini fällt das Einsparen manchmal schwer, aber man kommt schlicht nicht drum herum, wenn die Ziele erreicht werden sollen. Selbstverantwortung ist zwar gut, aber reicht nicht aus. Ein Zitat aus dem Kommissionsbericht: *«Beim Energiesparen darf es sich nur um eine vorübergehende Massnahme in einer Notsituation handeln»*. Dies funktioniert so nicht. Ein weiteres Zitat: *«Vielmehr müsse mit Technologieoffenheit sowie intelligenten Stromnetzen erreicht werden, dass der Energiebedarf zu jedem Zeitpunkt gedeckt sei und somit das Energiesparen obsolet werde»*. Muss wirklich so viel Energie produziert werden, dass alle immer überall für alles Energie verbrauchen können? Die ist schlicht nicht möglich. Leider haben viele Rechtsbürgerliche die Einstellung, dass ja nicht gespart werden soll, da dies bei der Bevölkerung schlecht ankomme oder die Wirtschaft dies nicht möchte. Dabei ist die Wirtschaft schon viel weiter und spart nämlich bereits. «Sparen» oder «Suffizienz» sind auch überhaupt nichts Schlimmes. Die Primeo Energie hat beispielsweise eine eigene Kampagne: *«Umweltbewusstes Energieverhalten wird doppelt belohnt. Wenn Sie von Dezember 2023 bis März 2024 mindestens 15 % ihres Stromverbrauchs einsparen, dann erhalten Sie eine Gutschrift von 5 Rappen pro Kilowattstunde auf die eingesparte Energiemenge. Stromsparen schont damit nicht nur die Umwelt, sondern zahlt sich auch aus»*. Selbst diejenigen, die eigentlich einen Vorteil hätten, wenn viel Strom verbraucht würde, haben sich also für eine eigene Kampagne entschieden. So braucht es auch mehr Engagement seitens Kanton. Der Kanton sollte ein Vorbild sein und die Menschen mitnehmen. Tendenziell ist der Mensch hinsichtlich Sparen eher etwas träge. Es ist schwer, den eigenen Lebensstil zu verändern. Umso wichtiger ist es, dass einen jemand mitnimmt. Die hochgelobte Selbstverantwor-

tung funktioniert leider oftmals nicht. Entsprechend sollte der Kanton den Leuten etwas auf den Sprung helfen. Das schadet auch nicht. Beispiele dafür, dass die Selbstverantwortung nicht funktioniert – und an die SVP: dies hat nichts mit einem Zuwachs der ausländischen Bevölkerung zu tun: Anstatt auf kleinere Fahrzeuge zu setzen und so Energie und Ressourcen zu sparen, wurden in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren die Fahrzeuge massiv grösser. Hieran wird ersichtlich, dass viele nur für sich selber schauen. Ein weiteres Beispiel sind die Anzahl Flug- und Schiffsreisen nach der Pandemie. Diese sind fast wieder auf dem Niveau von vor der Pandemie. Ein drittes Beispiel: Die Anzahl an elektrischen Geräten hat zugenommen. In den 70er-Jahren waren es noch 10–15 elektrische Geräte pro Person, in den 90er-Jahren 50–60 und heute durchschnittlich rund 100. Dies ist zwar legitim, aber zeigt trotzdem, dass die Selbstverantwortung nicht funktioniert. Die Menschen müssen motiviert werden, Energie zu sparen, da sonst die Ziele nicht erreicht werden können. Energiesparen ist der schnellste, sauberste und günstigste Weg, um die Energiekrise zu bewältigen. Marco Agostini bittet darum, den Vorstoss stehenzulassen.

**Peter Riebli** (SVP) wollte sich eigentlich sehr kurz fassen und nur sagen, dass die SVP-Fraktion einstimmig für Abschreiben sei. Das Votum von Marco Agostini hat diesen Plan aber geändert. Meint Marco Agostini mit Energiesparen Energieeffizienz, dann steht die ganze SVP geschlossen hinter ihm. Meint er aber mit Energiesparen Suffizienz – also Verzicht – dann sieht dies die SVP klar anders. Die Volkswirtschaften weltweit entwickeln sich direkt proportional zu der zur Verfügung stehenden Energie und billiger Energie. Wird mit Verzicht begonnen, wird der Wohlstand gefährdet. Peter Riebli ist zwar auch dafür, dass Energie nicht verschwendet wird, aber er ist dagegen, dass die Bevölkerung und die Wirtschaft gezwungen werden, auf etwas zu verzichten, was sie eigentlich bräuchten. Der Regierungsrat soll nicht dazu verpflichtet werden, zusätzlich zu den Energiesparmassnahmen und zu den Energieaktionen des Bundes noch ein eigenes kantonales Programm zu machen. Peter Riebli kann sich noch gut erinnern, als während der Pandemie von linker Seite immer gesagt wurde, es könne nicht sein, dass in einem Kanton ganz andere Vorsichtsmassnahmen gelten würden als in einem anderen Kanton. Dies müsse doch einheitlich sein. Jetzt wollen die gleichen Kreise beim Energiesparen kantonale Unterschiede schaffen. Peter Riebli ist dafür, dass im Notfall gewisse Massnahmen ergriffen werden können. Im Normalfall ist es jedoch die Aufgabe des Kantons und des Bundes, genügend Energie zu tragbaren Preisen zur Verfügung zu stellen, um die Bedürfnisse der Menschen, der KMU und der Wirtschaft erfüllen zu können. Dafür sollte es ein Energiegesetz geben. Der Regierungsrat hat das Postulat gut beantwortet und es gibt keinen Grund, den Vorstoss stehenzulassen. Damit kann nichts erreicht werden.

**Claudia Brodbeck** (Die Mitte) sagt, die Position der Mitte-Fraktion sei klar: Sparen ist freiwillig. Eine Lampe in einem Raum, in dem sich niemand aufhält, soll aber natürlich ausgeschaltet werden. Ein effizienter und intelligenter Einsatz von Energie ist eine Selbstverständlichkeit, aber bei der Suffizienz hört es auf. Wer sagt, was wann gebraucht werden darf? Letztlich handelt es sich um ein gesellschaftliches Problem. Energieversorger machen Sparkampagnen, der Detailhandel ist auf Nachhaltigkeit ausgerichtet und macht entsprechende Werbeaktionen usw. Eine Verbotskultur – und darum handelt es sich bei der Suffizienz – möchte die Mitte nicht. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Abschreibung. Mit der Bundeskampagne sind die Anliegen erfüllt.

**Manuel Ballmer** (GLP) stellt fest, viele Argumente seien bereits vorgebracht worden. Effizienz ist auch in der Energiestrategie der GLP ein grosses Thema, die vier «E» umfasst. Das erste «E» steht für Effizienz. Heute wird noch unglaublich viel Energie unnötig verschwendet. Das heisst, es könnten noch einige Kilowattstunden eingespart werden, ohne an Komfort einzubüssen. Wie Marco Agostini richtig sagt: Die nicht verbrauchte Energie ist die günstigste. In Bezug auf die erwähnten Energieeinsparungen im letzten Winter ist Manuel Ballmer etwas kritischer. Er hat zwar die Sparkampagne unterstützt, aber ob der Effekt aufgrund der steigenden Energiepreise oder auf-

grund der Sparbemühungen an sich eingetreten ist, sei hier offengelassen. Die GLP begrüsst Massnahmen wie diejenigen des Energieversorgers Primeo. Dieser Ansatz ist genau richtig: Verursachergerecht erhalten jene einen Benefit, die Energie einsparen. Die Anreize sind richtig gesetzt und es wird gezielt die Winterstromlücke adressiert. Finanziert wird die Massnahme aus einem internen Energiesparfonds. Leider ist dies bei der EBL noch nicht möglich.

Die GLP ist für Abschreiben, bedankt sich jedoch bei Marco Agostini fürs Einbringen des wichtigen Themas und beim Regierungsrat für die Beantwortung. Zusammenfassend ist die GLP für Energiesparen – dies mehr im Bereich Effizienz statt Suffizienz – und setzt vor allem auf die Eigenverantwortung, auf die Wirtschaft und auf die nationale Kampagne. Eine separate kantonale Kampagne ist überflüssig.

**Andrea Heger** (EVP) meldet sich als Einzelsprecherin mit dem Versuch, Brücken zu bauen und Kompromisse zu finden. Peter Riebli, Claudia Brodbeck und Marco Agostini sind nämlich mit gewissen Anliegen gar nicht so weit voneinander entfernt. Marco Agostini möchte eine Kampagne, Peter Riebli hat hingegen von einem Gesetz gesprochen. Bei einer Kampagne geht es nicht um Verbote, sondern darum, auf etwas aufmerksam zu machen. Es wurde immer wieder – eher negativ konnotiert – von Verzicht gesprochen. Es könnte aber auch als Eigenverantwortung bezeichnet werden. So wird auch immer wieder gesagt, dass die Menschen reif genug sind und eigenverantwortlich handeln können. Manchmal bedeutet Eigenverantwortung, auf etwas zu verzichten. Andrea Heger findet es nicht so verkehrt, eine solche Kampagne zu machen. Der Begriff «Suffizienz», der ihr nicht geläufig ist, ist mehrfach gefallen. So hat sie auf Wikipedia nachgeschaut und gewisse Überschneidungen zwischen Claudia Brodbeck und Marco Agostini festgestellt. So heisst es: «*Es zielt im Bewusstsein der begrenzten natürlichen Ressourcen, des Klimawandels und drohenden Artenverlust darauf ab, Energie und Material zu sparen. Oft wird dabei jedoch an den Lebensstil jedes und jeder Einzelnen appelliert*». Hier geht es also auch nicht um Verbote, sondern ums Bewusstsein, dass die Einzelnen etwas bewirken können.

Um die Ressourcen zu schonen, auch jene des Regierungsrats: Vielleicht muss es keine komplett eigene kantonale Kampagne sein. Der Kanton, der näher an den Baselbieterinnen und Baselbieter ist als der Bund, könnte dasjenige aufgreifen, was er an der nationalen Kampagne gut findet, und mit einem speziellen Hinweis versehen. So könnte das eigenverantwortliche Handeln im Kanton möglicherweise gestärkt werden, ohne dass zu einem späteren Zeitpunkt – weil es einfach schon zu spät ist – Verbote nötig werden.

**Stephan Ackermann** (Grüne) stellte sich die Frage, ob es sich überhaupt lohne, zu sprechen. Suffizienz wäre auch, wenn er sich wieder hinsetzen und schweigen würde. [*setzt sich hin – Heiterkeit*]

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 57:17 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat 2022/350 abgeschrieben.